

4.2 ↗ Die vermeintlichen neuen Blöcke der Weltpolitik

WIEDERGEURT DES POLITISCHEN WESTENS VOR DEM ENDE?

Der russische Angriffskrieg wurde als Wiedergeburt des politischen Westens interpretiert (→ Nass 2022), weil sich das transatlantische Bündnis von EU, Großbritannien, Australien, Kanada, Neuseeland, Island, Japan und Südkorea unter Führung der USA als Verteidiger einer liberalen Weltordnung mit freier Marktwirtschaft, Demokratie und Menschenrechten neu entdeckte. Dabei setzte die Polarisierung durchaus früher ein. China gewann seit den 1990er Jahren zunächst ökonomisch, dann auch militärisch und politisch an Macht und betrieb eine zunehmend aktiv gestaltende Außenpolitik, oftmals in Abgrenzung zur Politik der EU oder den USA. Die in den USA vorherrschende Wahrnehmung Chinas als Bedrohung wurde von den europäischen Staaten jedoch nie vollständig übernommen. Sie hatten und haben intensive Handelsbeziehungen mit China, und nicht zuletzt sind einige EU-Mitglieder Partner Chinas in der Belt and Road Initiative (BRI).

Dennoch verschärfte auch die EU ihre Haltung gegenüber China in Reaktion auf dessen Handelspraktiken und stuft das Land 2019 erstmals auch als systemischen Rivalen ein (→ Europäische Kommission 2019). Zugleich verfolgte die EU weiterhin die Strategie, sich aus der wachsenden Rivalität zwischen China und den USA herauszuhalten. Das änderte sich erst mit Russlands Angriff auf die Ukraine, der nicht nur die Idee einer ideologischen Konfrontation zwischen Demokratien und Autokratien popularisierte, sondern eine klassische Bündnisfrage – die Sicherheit Europas – in den Mittelpunkt stellte. Aber nicht nur blieben die Differenzen zwischen Europa und den USA jenseits der Ukraine bestehen, sondern sie haben sich mit dem erneuten Amtsantritt von Donald Trump drastisch verschärft.

Die Differenzen zwischen den USA und Europa verschärfen sich

Anders als das Narrativ vom Systemwettbewerb zwischen Demokratien und Autokratien nahelegt, verlaufen die gegenwärtigen Tendenzen der Erosion der Demokratie und der Autokratisierung quer durch EU und NATO. Nirgends wurde das deutlicher als in der Rede des US-Vizepräsidenten JD Vance auf der Münchner Sicherheitskonferenz, in der er den Europäern vorwarf, die Meinungsfreiheit und damit die Demokratie einzuschränken. Er zweifelte an, ob die USA und Europa überhaupt noch für die gleichen Werte stünden und damit Partner sein könnten. Gleichzeitig diskutieren Beobachter, ob die USA sich unter Trump auf dem Weg zu einem autoritären Regime befinden.

Seit seiner Rückkehr ins Weiße Haus nutzt Trump jede Gelegenheit, die ohnehin brüchige Einigkeit des politischen Westens und die regelbasierte Weltordnung → **25** weiter zu untergraben → **F**. Seine Regierung ignoriert internationale Organisationen, verlässt zentrale Abkommen und handelt außenpolitisch unilateral.

Beispielhaft für diese Dynamik sind Trumps Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen und der Weltgesundheitsorganisation (WHO), seine Strafzölle, aber auch seine außenpolitischen Alleingänge zur Annektierung Grönlands, der Umbenennung des Golfs von Mexiko oder bezüglich eines Ukrainedeals mit Russland.

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz machten die USA deutlich, dass sie nicht länger der wichtigste Sicherheitsgarant für Europa sein wollen, da sie ihre strategischen Prioritäten zunehmend in anderen Weltregionen sehen. Diese Ankündigung markiert das vorläufige Ende einer Ära des verlässlichen US-Engagements in Europa und zwingt die europäischen Staaten, sich sicherheitspolitisch neu aufzustellen.

25 Regelbasierte Ordnung

Der Ausdruck regelbasierte Ordnung ist eine politische Schöpfung der späten 2000er Jahre, um die Differenzen zwischen den Staaten über die konkrete Ausgestaltung der internationalen Ordnung zu entschärfen. Sie entzündeten sich insbesondere an dessen liberaler Komponente, d. h. der Betonung von Demokratie und Menschenrechten, die nach dem Ende des Kalten Kriegs deutlich stärker wurden. Bis heute gibt es keine geteilte Definition der regelbasierten Ordnung. Grundsätzlich lässt sie sich

als VN-zentrierte Ordnung verstehen, mit den Kernbereichen VN-Charta und insbesondere kollektive Sicherheit (allgemeines Gewaltverbot), multilateralem Handels-, Finanz- und Entwicklungssystem (Welthandelsorganisation, Internationaler Währungsfonds und Weltbank) und der globalen Daseinsfürsorge durch die zentralen VN-Organisationen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Ernährung sowie der zivilen Konfliktbearbeitung durch Recht und Gerichte.

EIN NEUER POL IM (SÜD-)OSTEN?

Sucht man nach organisierten Herausforderern dieses fragilen politischen Westens, fällt der Blick auf die russisch-chinesische Partnerschaft, die sich seit Ausbruch des Ukraine-Kriegs deutlich intensiviert hat, und auf die Organisationen und Staaten in diesem Umfeld. Dazu zählen die Shanghai Cooperation Organization und ihre Mitglieder, Nordkorea, Nicaragua, Iran und Venezuela sowie die neue Allianzbildung rund um die BRICS.

Die intensivierte Partnerschaft zwischen Russland und China zeigt sich im sprunghaften Anstieg des Handelsvolumens, das 2024 mit über 230 Mrd. US-\$ einen historischen Höchststand erreichte. China hat seine Rolle als größter Abnehmer russischer Energieexporte ausgebaut. Im Gegenzug exportieren chinesische Unternehmen Konsumgüter und Technologien nach Russland, womit sie mindestens teilweise das Sanktionsregime unterlaufen und die russische Kriegswirtschaft am Laufen halten (→ Sher 2024). Die geteilte Ablehnung westlich-liberaler Normen und ihre zunehmende sicherheitspolitische Kooperation und Koordination in globalen Gremien werden häufig als Belege für eine Allianz oder gar „autokratische Achse“ angeführt (→ Hartmann 2024). Sie fußt aber vor allem auf einem geteilten Widerstand gegen die US-Hegemonie und westlich-liberale Normen. Dies ist eine negative Agenda: Eine gemeinsame Konzeption einer alternativen Ordnung liegt nicht vor (→ Abb/Polianskii 2023).

Der russisch-chinesischen Partnerschaft fehlt eine gemeinsame Vorstellung für eine alternative internationale Ordnung

Ein verfestigter Pol im Süd-Osten ist bislang nicht in Sicht, sondern eher eine von Opportunismus geprägte Kooperation zwischen einzelnen Staaten. Ein wichtiger Impuls für die engere chinesisch-russische Kooperation ist gerade die geteilte Wahrnehmung, Ziel einer westlichen Einhegungspolitik zu sein. Die Gefahr ist groß, dass eine Politik, die China und Russland in einen Topf wirft, zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung wird, die einen solchen „Block“ überhaupt erst entstehen lässt. Das gilt umso mehr für die BRICS-Organisation und ihre Mitglieder, die oftmals als neue Speerspitze eines anti-westlichen Blocks angesehen werden.

Die BRICS verstehen sich als Kooperationsplattform für Länder des Globalen Südens. Ziel ist es, Praktiken und Regelwerke der internationalen Ordnung zu verändern, etwa im Bereich von Entwicklungszusammenarbeit, Finanzmärkten und Handel. So haben die BRICS 2014 die New Development Bank geschaffen, um eine alternative Möglichkeit für die Finanzierung von Investitionen zu erschließen und die Abhängigkeit vom US-\$ zu reduzieren. Neben Wirtschafts- und Entwicklungszielen wollen die BRICS die Repräsentation der Länder des Globalen Südens in den VN und in anderen internationalen Organisationen erhöhen und deren Strukturen, zum Beispiel den VN-Sicherheitsrat, reformieren. Primär geht es den BRICS um mehr Mitsprache, nicht darum, die Gremien zu entmachten.

Zwar bildet China gegenwärtig das Zentrum der BRICS, es forciert aber keine konfrontative Haltung der BRICS zum Westen. Die Gründungsmitglieder Brasilien und Indien verfolgen ohnehin einen Ansatz, der die Diversifizierung der Außenbeziehungen als Chance ansieht und auf Partnerschaften in alle Richtungen setzt. Offen antiwestliche Länder wie zum Beispiel Russland oder Iran sind in der Minderheit. Auffallend sind dagegen Strategien von Mitglieds- und Partnerländern, Türen offenzuhalten und Risiken abzusichern („hedging“). So hat Saudi-Arabien die Einladung, Mitglied zu werden, bislang nicht angenommen. Dies erklärt sich aus den Beziehungen zu westlichen Staaten, aber auch aus Rivalität mit dem BRICS-Mitglied Iran. Indonesien ist Mitglied der BRICS geworden, beantragt zeitgleich aber eine Mitgliedschaft in der OECD und ist Partner des von den USA initiierten Indo-Pacific-Frameworks → **26**.

Doch diese Anknüpfungspunkte, die die vorhandene Polarisierung dämpfen könnten, bleiben oftmals ungenutzt. Zwar haben beispielsweise China und Brasilien 2024 Friedenspläne für den russischen Krieg in der Ukraine präsentiert, aber kaum mit Nachdruck versehen. China hat seine Möglichkeiten nicht genutzt, Druck auf Russland zur Beendigung des völkerrechtswidrigen Angriffs auszuüben, sondern will eher durch günstige Energieimporte vom Krieg profitieren. Der neutrale Status verschiedener BRICS-Mitglieder wurde bisher nicht genutzt, um Wege zu einem Ende des Kriegs aufzuzeigen.

26 BRICS-Erweiterungen

Die BRICS-Organisation ist deutlich gewachsen und hat an politischer Bedeutung gewonnen. Sie wurde 2009 von Brasilien, Russland, Indien und China gegründet. 2010 kam Südafrika hinzu. 2024 folgten vier weitere Staaten: Ägypten, Äthiopien, Iran und die Vereinigten Arabischen Emirate. Anfang dieses Jahres wurde Indonesien das zehnte Vollmitglied. Im Rahmen des letzten BRICS-Summits 2024 in Kazan, Russland, wurde zudem die neue Kategorie einer BRICS-Partnerschaft geschaffen.

Brasilien, das in diesem Jahr die Präsidentschaft innehat, verkündete, dass zum 1. Januar 2025 insgesamt neun Länder den Status BRICS-Partner erhalten und über 30 weitere Länder ihr Interesse bekundet hätten, als Mitglieder oder Partner zu kooperieren (→ Presidência da República Brasil 2025).

4

123

Die Polarisierung führt bislang nicht zu kohärenten Blöcken. Zugleich lässt sich auch nur ein kleiner Teil der 193 Staaten überhaupt diesen Polen zuordnen, und der rasante Verfall der transatlantischen Partnerschaft unter der erneuten Präsidentschaft Trumps fördert die Multipolarisierung. Auch die BRICS sind kein Nukleus eines antiwestlichen Blocks, sie sind nicht eindeutig zuzuordnen und repräsentieren teils sehr unterschiedliche Positionen und Ansprüche auf Mitgestaltung der Weltordnung. Sie bieten, wie im Folgenden dargestellt wird, Anknüpfungspunkte für eine polarisierungsdämpfende Politik in den Weltregionen.

BRICS: Eine Kooperationsplattform für Länder des Globalen Südens, aber kein antiwestlicher Block

4.3 Die Weltregionen: Bewegung eine Richtung geben

Asien gilt als bevölkerungsreichste und wirtschaftlich dynamischste Region sowie als zentraler Austragungsort für den Wettbewerb um die Zukunft der Weltordnung. Es beherbergt mit China nicht nur den wichtigsten Herausforderer der USA, sondern eine Reihe weiterer Staaten, die Ansprüche auf die Mitgestaltung einer zukünftigen Ordnung erheben.

Zugleich ist Asien von geopolitischen Verwerfungen gekennzeichnet. Konflikte bestehen zwischen Staaten, die entweder mehr Kooperation mit dem politischen Westen suchen oder diese ablehnen. Besonders konfliktanfällig sind das geteilte Korea, aber auch Chinas Ansprüche auf eine Wiedervereinigung mit Taiwan und die Inbesitznahme maritimer Territorien im Ost- und Südchinesischen Meer. Als Reaktion auf Chinas expansive Politik haben die betroffenen Staaten im vergangenen Jahrzehnt ihre sicherheitspolitische Kooperation mit den USA verstärkt. Die entstehenden Frontlinien verlaufen oft quer zu Regimeunterschieden oder institutionellen Gruppierungen.

Dies zeigt der Vergleich der beiden großen asiatischen BRICS-Staaten: China verfolgt eine ambitionierte Politik, den eigenen Einfluss im Globalen Süden zu vergrößern – durch wirtschaftliche Kooperation und durch eine normative Agenda, die die Souveränität und die Existenzberechtigung nichtdemokratischer Regime betont.